

Veranstaltungsbericht

Milliarden D-Mark für die DDR

Hat der Westen die SED-Diktatur stabilisiert?

18. Juni 2013 | 18:00 Uhr | Vertretung des Freistaates Thüringen beim Bund, Berlin

Am 18. Juni 2013 luden die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die Deutsche Gesellschaft e. V. und der Berliner Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR mit freundlicher Unterstützung des Bundesministeriums des Innern im Rahmen ihrer gemeinsamen fünfteiligen Reihe „2x Deutschland: Innerdeutsche Beziehungen 1953-1989“ zur dritten Veranstaltung ein. Die Diskussion nahm aus Anlass der legendären Milliardenkredite für die DDR vor 30 Jahren, die Franz Josef Strauß zusammen mit DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski 1983/84 einführte, den Devisenhandel zwischen der Bundesrepublik und der DDR in den Blick.

Martin Gutzeit, Berliner Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, begrüßte die Veranstaltungsteilnehmer und hob den ambivalenten Charakter der Milliardenzahlungen durch die Bundesrepublik an die DDR hervor. Kurzfristig hätten sie die SED-Diktatur in wirtschaftlicher Hinsicht stabilisiert, längerfristig wurden der Bundesrepublik damit Möglichkeiten eröffnet, in politischen Belangen auf die DDR einzuwirken. Die Veranstaltung sollte dies tiefergehend untersuchen und darüber hinaus einen Beitrag zur Beantwortung der Frage leisten, welchen politischen Einfluss demokratische Staaten aufgrund von Wirtschaftshilfe haben, um den von ihnen beabsichtigten Wandel in nicht-demokratischen Regimen zu bewirken und wie erfolgreich diese Methode sei.

Im Anschluss leitete Prof. Dr. Peter E. Fäßler, Universität Paderborn, mit einem Vortrag in die Thematik ein. Er beleuchtete zunächst den öffentlichen Diskurs der Milliardenzahlungen durch die Bundesrepublik an die DDR von 1983/84. Die Milliardenzahlungen seien vor allem mit Blick auf die Legitimität und Opportunität umstritten. Hierbei ließe sich ein immer wiederkehrendes Argumentationsmuster beobachten: Kritiker des „Strauß-Kredits“ würden die Fragen, ob es legitim und opportun sei, mit der DDR Geschäfte zu machen, aus ethischer und moralischer Sicht durchgängig verneinen. Befürworter hätten demgegenüber nur durch die innerdeutsche Kooperation im Rahmen der Zahlungen die Chance gesehen, die eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen in West-Berlin durchzusetzen. Die Bundesrepublik erhielt im Gegenzug Zugeständnisse seitens der DDR – dazu zählten: die Selbstschussanlagen abzubauen, den Mindestumtausch für Jugendliche abzuschaffen, Ausreise und Familienzusammenführung zu erleichtern sowie die Grenzabfertigung für westdeutsche Bürger weniger schikanös zu gestalten. Die DDR konnte hingegen ihre Zahlungsbilanzrückstände mindern und hochwertige Waren aus der Bundesrepublik erwerben. Dafür nahm sie die drohende Abhängigkeit durch den Devisenhandel und die Angst vor Sabotageakten in Kauf. Die Milliardenzahlungen hätten die SED-Diktatur politisch destabilisiert und die DDR-Wirtschaft gleichzeitig aufrechterhalten, so Prof. Dr. Fäßler abschließend.

Folgend eröffnete Dr. Jacqueline Boysen, Studienleiterin der Evangelischen Akademie zu Berlin, das Podium zusammen mit Prof. Dr. Peter E. Fäßler; Dr. Rüdiger Kass, Ministerialdirektor a. D.; Vera Lengsfeld, DDR-Bürgerrechtlerin sowie Prof. Dr. Jörg Roesler,

Wirtschaftshistoriker. Frau Dr. Boysen richtete zunächst die Frage, wie sich die wirtschaftliche Lage in der DDR Ende der 1970er- / Anfang der 1980er-Jahre dargestellt habe, an die Diskussionsteilnehmer. Prof. Dr. Roesler betonte, dass über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR zwar „offiziell“ nicht gesprochen wurde, bereits ab 1975 sei jedoch klar gewesen, dass die von der DDR angestrebte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ – die Arbeitsergebnisse und der Lebensstandard sollten gleichzeitig und rasch steigen – gescheitert war und die DDR aufgrund riesiger Auslandsschulden arge finanzielle Schwierigkeiten hatte. Dr. Kass teilte diese Ansicht und gab zu bedenken, die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen der DDR und der Bundesrepublik seien bereits in Ost- und West-Berlin deutlich sichtbar gewesen. Die Ausmaße der DDR-Mangelwirtschaft seien jedoch in der Bundesrepublik teilweise unterschätzt worden. Auch 1983/84 habe die DDR die Wirtschaftssituation dennoch nach außen hin geschönt und so habe zum Teil große Überraschung über die Kreditanfrage der DDR geherrscht, so Dr. Kass. Die Zahlungen dienten der DDR vor allem dazu, die Kreditwürdigkeit nach außen zu wahren. Frau Lengsfeld nach bewirkten die Milliardenkredite wirtschaftlich lediglich eine Konkursverschleppung der DDR, politisch erweiterten sie jedoch den Handlungsspielraum der Bundesrepublik und eröffneten die Möglichkeit, Vertrauen innerhalb der Deutschlandpolitik herzustellen und die Folgen der Teilung zu lindern. Frau Lengsfeld kritisierte aber, dass die Vertraulichkeit mit der DDR in mancher Hinsicht zu weit gegangen sei – schließlich sei ein Teil der Milliardenkredite für die Aufrüstung der Staatssicherheit verwendet worden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ging es vor allem um die Frage, ob bzw. inwiefern die Bundesrepublik mit den Krediten Druck auf die DDR zur humanitären Erleichterung ausüben konnte. Die Kreditgewährung für die DDR habe nur als Mittel fungiert, um eine „innerdeutsche Geschäftsgrundlage“ aufzubauen: „Mit Druck, das wusste man in der Bundesrepublik, konnte man auch vor dem Hintergrund machtpolitischer Konstellationen im kommunistischen Machtbereich in der Deutschlandpolitik nicht vorankommen. Vielmehr war es ein mühseliges Ringen um kleine Dinge“, so Dr. Kass. Strauß' Vorgehen könne in dem Zusammenhang als Versuch gewertet werden, eine Basis dafür zu schaffen, um mit den Machthabern der DDR ins Gespräch zu kommen.

Frau Lengsfeld gab zu bedenken, dass die Bundesrepublik gegenüber der DDR noch mehr Erleichterungen hätte einfordern können. Auch heute sei die bundesdeutsche Politik gegenüber Diktaturen „zu kleinlaut, zu verständnisvoll“. Im Anschluss wurde die Diskussion für Publikumsfragen geöffnet. Die Gäste knüpften an die Aussage von Frau Lengsfeld an und verwiesen darauf, dass es durchaus glaubwürdig und pragmatisch von Strauß gewesen sei, die DDR mit den Zahlungen kurzfristig zu stützen, auf lange Sicht aber zu destabilisieren und zum Zusammenbruch zu bringen.

Dr. Heike Tuchscheerer